

Soltwedel, Rüdiger

**Book Part — Digitized Version**

## Zur Relevanz der neoklassischen Theorie für die Wirtschaftspolitik

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Soltwedel, Rüdiger (1980) : Zur Relevanz der neoklassischen Theorie für die Wirtschaftspolitik, In: Simmert, Diethard B. (Ed.): Wirtschaftspolitik - kontrovers, ISBN 3-7663-0425-9, Bund-Verlag, Köln, pp. 27-56

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3644>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Rüdiger (Soltwedel \*), Kiel

## Zur Relevanz der neoklassischen Theorie für die Wirtschaftspolitik

### *1. Wirtschaftskrise – Krise des Wirtschaftssystems?*

Angesichts der großen nationalen wie internationalen wirtschaftlichen Probleme – Hunger, Verelendung, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, Inflation, Währungsturbulenzen, Umweltverschmutzung – erscheint es als Anachronismus, der Wirtschaftspolitik theoretische Rezepte zu verschreiben, die ihre gedanklichen Grundlagen aus den vergangenen zwei Jahrhunderten beziehen. Vor dem Hintergrund der vielschichtigen wirtschaftlichen Wirkungszusammenhänge klingt es unangemessen, auf die Freiheit des Individuums, die Eigeninitiative, die Selbstheilungskräfte des Marktes zu verweisen und zu behaupten, der Staat störe eher als daß er helfe. In einer Zeit, in der die kompliziertesten technischen Vorgänge exakt berechnet und kontrolliert werden können, mag dies anmuten, als wolle man das Chaos als Ordnungselement einführen und damit weitere Fehlentwicklungen programmieren.

In der hier gebotenen Kürze sollen für den wirtschaftspolitisch interessierten Laien die Prinzipien eines Wirtschaftssystems dargestellt werden, über das vielerorts unvollkommene und sogar falsche Vorstellungen bestehen. Dieses Wirtschaftssystem bietet sich teils als Alternative, teils als Ergänzung zur praktizierten Wirtschaftspolitik an, nachdem die Euphorie der direkten Steuerbarkeit wirtschaftlicher Vorgänge durch den Staat nach der Höhenangst der Inflation und dann im Katzenjammer der Arbeitslosigkeit der Suche nach neuen Rezepten gewichen ist.

Der gegenwärtige wirtschaftliche Scherbenhaufen wird häufig dem marktwirtschaftlichen System angelastet. Dies offenbar in der Meinung, die Wirtschaftspolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte sei der kontinuierliche und konsequente Versuch mit der Marktwirtschaft, d. h. dem neoklassischen Konzept gewesen. Indes, vieles, was in diesen Jahren wirtschaftspolitisch geschehen ist, läßt sich im wesentlichen aneinanderreihen als Verstoß gegen marktwirtschaftliche Prinzipien. Dies gilt z. B. für das krampfhaftes Festhalten an einer unterbewerteten

---

\*) Ich danke meinen Kollegen D. Gebert, E. Langfeldt, S. Nehring, J. Scheide und R. Vaubel für ihre kritischen Bemerkungen; F. Hammes – als einer der möglichen Adressaten dieses Sammelbandes – hat mir manche Unzulänglichkeit aufgezeigt.

D-Mark, die Formulierung einer unbedingten Beschäftigungsgarantie, das Herausheben und Festschreiben von Besitzständen als soziale Errungenschaft sowie die zunehmende Reglementierung privater Initiative. Und obgleich all dies mit marktwirtschaftlichen Prinzipien nichts zu tun hat, wurde es im Namen der sozialen Marktwirtschaft auf den Markt politischer und wirtschaftlicher „Ideen“ gebracht und auch verkauft.

In den folgenden Abschnitten sollen die Prinzipien (neo)klassischer Wirtschaftspolitik dargestellt werden. Drei Thesen zeigen die Struktur der Argumentation auf:

Die Sozialphilosophie der klassischen politischen Ökonomie war und ist ein Wegweiser in eine neue Zeit.

Fallweise staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess führen nicht zu seiner Verstärkung [die klassische bzw. neoklassische Makroökonomie <sup>1)</sup>].

Die Funktionsbedingungen der Marktwirtschaft wurden zunehmend verschlechtert – mit unsozialen Folgen (die neoklassische mikroökonomische Analyse der Arbeitslosigkeit).

## *II. Wegweiser in eine neue Zeit – die Sozialphilosophie der klassischen politischen Ökonomie <sup>2)</sup>*

Als Klassiker werden hier jene Ökonomen bezeichnet, die zur Konzeption des klassischen Liberalismus beigetragen haben <sup>3)</sup>. Das Normensystem, das dem wirtschaftspolitischen Denken der englischen Klassiker zugrunde liegt, wurzelt in der utilitaristischen Ethik; sie lieferte das Ziel und zugleich den Wertmaßstab: das Glück und die Wohlfahrt der Individuen der Gesellschaft <sup>4)</sup>. Freie Märkte,

<sup>1)</sup> Die Makroökonomie befaßt sich mit dem Zusammenwirken von volkswirtschaftlichen Globalgrößen (Produktion, Nachfrage, Sparen, Investition), während sich die mikroökonomische Theorie mit dem einzelwirtschaftlichen Verhalten beschäftigt (Haushalte, Unternehmen); wichtiges Teilgebiet der Mikroökonomie ist die Frage nach der besten Verwendung der Produktionsfaktoren (optimale Allokation der Ressourcen).

<sup>2)</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt insbes. Thomas Sowell, *Classical Economic Reconsidered*, Princeton 1974, S. 3–32, und auch Lionel Robbins, *The Theory of Economic Policy in English Classical Political Economy*, London 1952; ders., *Political Economy in Past and Present*, London 1976; Milton Friedman, *Capitalism and Freedom*, dt. Übers.: *Kapitalismus und Freiheit*, München 1976.

<sup>3)</sup> Zu nennen sind David Hume (1711–1776), Adam Smith (1723–1790), David Ricardo (1772–1823), Thomas Robert Malthus (1766–1834), Robert Torrens (1780–1864), Nathan W. Senior (1790–1864), Robert McCulloch (1789–1864), James Mill (1773–1836), John Stuart Mill (1806–1873).

<sup>4)</sup> Vgl. Herbert Giersch, *Allgemeine Wirtschaftspolitik – Grundlagen*, Wiesbaden 1961, S. 141.

Wettbewerb, lediglich rahmengestalterische Funktion des Staates sind Begriffe, die das Kernstück ihres ökonomischen Weltbildes beschreiben. Der sozialphilosophische Hintergrund der klassischen Ökonomie kann nahezu uneingeschränkt auf die moderne Neoklassik übertragen werden, beziehen sich die Neoklassiker<sup>5)</sup> doch ausdrücklich auf ein individualistisch-utilitaristisches Wertesystem. So schreibt Milton Friedman, der wohl profilierteste Neoklassiker unserer Zeit, „Bewahrung der individuellen Freiheit ist das Hauptziel aller sozialen Einrichtungen überhaupt.“<sup>6)</sup> Eines der Hauptziele des Liberalismus ist es, „die ethischen Probleme dem Individuum zu überlassen, damit es mit diesen Problemen allein fertig werden kann.“<sup>7)</sup> Der Kapitalismus – oder die Marktwirtschaft – ist für ihn „eine notwendige Voraussetzung für politische Freiheit“<sup>8)</sup>.

Marktwirtschaftliche Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik werden häufig als politisch konservativ abgetan<sup>9)</sup>. Das Befolgen solcher Vorschläge bedeute einen Rückschritt in frühkapitalistische Verhältnisse, es fehle die soziale Ausgewogenheit, sei, kurz, eine einseitig an den Interessen des Monopolkapitals ausgerichtete Politik; in ihrer ökonomischen Lehre gingen die Klassiker von einer unrealistischen „natürlichen Harmonie“ der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aus, die es in der Regel nicht gebe.

Indes, die Klassiker hatten selbst aus heutiger Sicht eine „moderne“ Konzeption gesellschaftlicher Organisation und durchweg soziale Zielvorstellungen. Schließlich waren es gerade die Klassiker, die die praktizierte Wirtschaftspolitik ihrer Tage, den Merkantilismus, und die gesellschaftliche Verfassung entschieden ablehnten. Die Devise des Merkantilismus war, mehr an das Ausland zu verkaufen, als vom Ausland zu importieren. Gleichermaßen empfahl diese

---

<sup>5)</sup> Wichtige zeitgenössische Neoklassiker sind: Martin Feldstein, Milton Friedman, David E. W. Laidler, Robert Lucas, Allan H. Meltzer, Michael Parkin, Edmund S. Phelps, Thomas Sargent, Lionel Robbins, George Stigler.

<sup>6)</sup> Milton Friedman, Kapitalismus und Freiheit, a. a. O., S. 13.

<sup>7)</sup> Ebd., S. 33.

<sup>8)</sup> Ebd., S. 30.

<sup>9)</sup> Es ist keine Übertreibung, wenn Engels schreibt: „Eine unserer Verwirrungen liegt darin, daß diejenigen, die immer mehr durch zwingendes Recht festschreiben und die Strukturen verhärten, sich selbst ‚progressiv‘ und ihre Aktionen ‚Reform‘ nennen, während diejenigen, denen es um die Lernfähigkeit der Gesellschaft geht, heute ‚konservativ‘ heißen.“ Wolfram Engels, Soziale Marktwirtschaft – verschmähte Zukunft, Stuttgart-Degerloch 1972, S. 12. Vgl. zum Vorwurf des Konservatismus gerade gegen jüngere neoklassische Ökonomen: The New Economists, in: „Newsweek“, v. 3. Juli 1978. „Konservativ“ bedeutet im politischen Sinne eine geistige Haltung, die die bestehende Ordnung bejaht und zu erhalten strebt. Der Konservatismus stellt sich entschieden gegen jede Änderung der bestehenden Zustände nach theoretischen Prinzipien und Programmen. In seinen Extremformen verband er sich oft mit dem Interesse bestimmter Stände an der Aufrechterhaltung bestehender Herrschaftsverhältnisse, dtv-Lexikon, München 1973, Bd. 10, S. 245 f.

Lehre, Güter im Inland zu produzieren, die sonst im Ausland gekauft wurden<sup>10)</sup>. Aus der Sicht der Merkantilisten trugen permanente Exportüberschüsse, imperialistische Politik und sogar Sklaverei zur Vermehrung des Wohlstands einer Nation bei<sup>11)</sup>.

Die Klassiker betonten demgegenüber, daß internationaler Handel eine Quelle gegenseitigen Gewinns sei, weil er das Sozialprodukt vergrößerte<sup>12)</sup>. Nach Ansicht der Klassiker wurde der Gewinn aus einer imperialistischen Politik, der an eine kleine Gruppe reicher Geschäftsleute und Kolonialherren ging, von den Kosten, ein solches Imperium aufrechtzuerhalten, bei weitem überkompensiert. Die Sklaverei (d. h. also die billige Lohnarbeit) wurde nicht nur aus moralischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen abgelehnt; denn ihre bedeutendste Schwäche war der völlige Mangel an Leistungsanreizen für die Arbeiter<sup>13)</sup>.

Neben Imperialismus und Sklaverei attackierten die Klassiker auch die herrschenden gesellschaftlichen Schichten und politischen Kräfte ihrer Zeit. Wie ein roter Faden zieht sich durch Adam Smiths „Wealth of Nations“ die Kritik an dem Geschrei und der Spitzfindigkeit von Händlern und Fabrikanten, deren niederträchtige Habgier und auf Monopolisierung gerichteter Sinn sie vielfach anstachelte, die Öffentlichkeit zu betrügen und gar zu unterdrücken. Dies seien Leute, deren Gespräche in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endeten oder in Plänen, die Preise anzuheben. Über die politischen Führer schrieb Adam Smith, sie würden ihr Mäntelchen nach dem Wind hängen und nicht die langfristigen Interessen der Bevölkerung im Auge haben sowie achtlos mit Steuergeldern umgehen<sup>14)</sup>.

Ebenso häufig wie falsch ist der Vorwurf gegen die Klassiker, ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorstellungen würden auf einer „natürlichen Harmonie der Interessen“ zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten basieren. Den klassischen Ökonomen schwebte vielmehr eine Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft vor, in der die Konflikte verschiedener Gruppen

---

<sup>10)</sup> Vgl. dazu Thomas Mun, *England's Treasure by Foreign Trade*, New York: Augustus M. Kelley, 1965 (erstmalig 1664), S. 5 u. 7.

<sup>11)</sup> Auch in der Wirtschaftspolitik unserer Tage lassen sich noch Reste merkantilistischen Denkens finden: Exportüberschüsse und angehäuften Währungsreserven werden oft als Zeichen von Stärke und Wohlstand interpretiert; die Entwicklungshilfe und die gegenüber Entwicklungsländern nicht selten illiberale Handelspolitik wird als Fortsetzung imperialistischer Kolonialpolitik angesehen; zudem wird behauptet, daß das Herabdrücken des Lohnsatzes (durch das Millionenheer der Arbeitslosen, der industriellen Reservearmee) eine wichtige Funktionsbedingung für den Kapitalismus sei.

<sup>12)</sup> Adam Smith, *An Inquiry into the Nature and Causes of Wealth of Nations*, New York: Modern Library, 1937 (erstmalig 1776), S. 325.

<sup>13)</sup> Ebd., S. 80 f.

<sup>14)</sup> Smith, a. a. O., S. 435 und 329.

nicht durch institutionalisierte Macht – autoritär – kontrolliert und beseitigt werden, sondern durch ein System freiwilliger Verträge, in dem durch automatische Belohnungen und Sanktionen Verhaltensanpassungen (Rückkoppelungen) hervorgerufen werden. Die „laissez-faire“-Doktrin der klassischen Ökonomen gründete sich auf die Hoffnung, daß der Konflikt – der ökonomische Wettbewerb – in einem geeigneten institutionellen Rahmen zur besten Verwendung der Produktionsfaktoren und zu höchstmöglicher individueller Freiheit führen würde. Gerade die Disharmonie der Interessen und die damit verbundene Gefahr für das Wohl des Gemeinwesens, wenn einzelne Gruppen auf die Regierung Einfluß nehmen, legte nahe, daß die Gruppen ihre Konflikte untereinander „auf dem Markt“ austragen sollten, weitgehend frei von staatlichen Eingriffen. Dieses System der „Selbstregulierung durch Rückkoppelung“<sup>15)</sup> bezeichneten die Klassiker als „unsichtbare Hand“<sup>16)</sup>.

Durch Rückkoppelung im marktwirtschaftlichen System wirke der einzelne – geleitet vom Eigeninteresse und reagierend auf Anreize und Sanktionen – auf ein Ziel, das er in keiner Weise angestrebt hat, nämlich die gesamtwirtschaftlich beste Verwendung der Produktionsfaktoren. Abgesehen davon, daß freie Märkte eine Vorbedingung dafür sind, dem einzelnen einen maximalen Freiheitsspielraum zu lassen, arbeiten freie Märkte erheblich wirksamer als staatliche Planung, wenn es darum geht, die Aktivitäten von Millionen von Menschen ohne Friktionen und Konflikte aufeinander abzustimmen<sup>17)</sup>.

Zu dem System der ökonomischen Freiheit, dem sich die Klassiker verschrieben hatten, gehört, daß sie sich energisch für die Beseitigung sozialer Hemmnisse einsetzten. So beantwortet Adam Smith die Frage, ob die Verbesserung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen für die Gesellschaft von Vorteil oder von Nachteil ist, eindeutig: „Dienstleute und Arbeiter verschiedener Arten machen den bei weitem größten Teil jeder großen politischen Gesellschaft aus. Was aber die Lebensbedingungen des größeren Teils verbessert, kann niemals als Nachteil für die Gesamtheit sein. Keine Gesellschaft kann gedeihen und glücklich sein, wenn der bei weitem größte Teil seiner Mitglieder arm und elend ist.“<sup>18)</sup> Und in seinen „Principles“ sagt Thomas R. Malthus: „Wenn ein Land nur dadurch reich sein kann, indem es erfolgreich die Löhne niederdrückt, würde ich sagen, dieser Reichtum solle vergehen.“<sup>19)</sup> Lionel Robbins stellt fest, daß der Vorwurf

---

<sup>15)</sup> Engels, a. a. O., S. 24.

<sup>16)</sup> Smith, a. a. O., S. 423.

<sup>17)</sup> Vgl. Friedman, Kapitalismus und Freiheit, a. a. O., S. 18.

<sup>18)</sup> Smith, a. a. O., S. 79.

<sup>19)</sup> Malthus, Principles, 1st ed., S. 184.

in die Irre gehe, gerade die klassischen Ökonomen seien Befürworter niedriger Löhne gewesen, die die Arbeiter allenfalls am Leben erhalten, oder hätten sich nicht für die Probleme der Armut interessiert: Dies sei ein sicheres Zeichen von geschichtlichem Analphabetismus <sup>20</sup>).

Allerdings gilt es klarzustellen, daß in der klassischen Tradition der allgemeine Anstieg des Lebensstandards aus einer Leistungssteigerung, d. h. aus einer Zunahme der Pro-Kopf-Produktion kommen mußte; die Klassiker waren hauptsächlich mit dem Wachstum und nicht mit Umverteilungsmaßnahmen beschäftigt. Das Ausmaß, in dem das Einkommen der armen Bevölkerung durch Transfers erhöht werden konnte, lag nach ihrer Ansicht weit unter dem, was durch einen Anstieg der Produktion erreichbar war <sup>21</sup>). Politischen Maßnahmen, die das Niveau der Pro-Kopf-Produktion senkten, aber eine gleichmäßigere Verteilung des Restes bewirkten, hätten sie wohl ihre Zustimmung verweigert; denn letztlich war für sie die absolute Erleichterung (relief) von Armut wichtiger als die Verringerung von Ungleichheit, gemessen an der relativen Einkommensverteilung <sup>22</sup>).

Für die Klassiker war die Chancengleichheit (equality of opportunity) ein erstrebenswertes Ziel; um sie zu realisieren, kämpften sie für den Abbau von Diskriminierungen und die Möglichkeit, daß jeder einzelne soviel wie möglich in seine Ausbildung investieren kann. Jedoch: Zwar kann man jeden Versuch unternehmen, die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten für jeden einzelnen herzustellen und für gleichen Zugang zu verschiedenen Berufen zu sorgen; eine andere Sache aber ist es, zuzusichern, daß die Belohnung für den Einsatz – gleich wie diese Chancen genutzt werden – gleich sein sollen <sup>23</sup>). Ein Verbot, durch größere Leistungen ein höheres Einkommen als andere zu erzielen, steht mit einer freien Gesellschaft in unauflösbarem Widerspruch. „Die gleiche Chance, gleiche Preise zu gewinnen – als wollte die Welt ein Rennen unter Lahmen veranstalten.“ <sup>24</sup>) Die Entlohnung solle vielmehr durch den Markt erfolgen, nach Maßgabe der Knappheit der angebotenen Leistung und des Risikos, das jeder einzelne zu übernehmen bereit ist.

Einkommensunterschieden, die nicht auf unterschiedlicher Leistung beruhen, würde durch freien Wettbewerb auf allen Märkten langfristig entgegenge-

---

<sup>20</sup>) Robbins, Political Economy, a. a. O., S. 101.

<sup>21</sup>) Ebd., S. 103.

<sup>22</sup>) Ebd., S. 108.

<sup>23</sup>) Robbins, Political Economy, a. a. O., S. 109.

<sup>24</sup>) „Equal opportunity to win equal prices – a dodo race for the world.“ Ebd., S. 110.

wirkt <sup>25)</sup>. So sehr die Klassiker diesem Prinzip huldigten, so wenig darf man sich darüber hinwegtäuschen, daß sie die Unvollkommenheit von Märkten nicht verkannten und erkannten, daß jede Machtkonzentration dazu tendierte, sich zu verstärken mit der Folge, daß insgesamt weniger Güter produziert würden.

Eine aktive Wettbewerbspolitik gehört somit zu den rahmengestalterischen Aufgaben des Staates, die auch die Klassiker bejahen würden. „Zumindest von einer hochentwickelten Industrielandschaft (kann) nicht erwartet werden, daß sie sich bei wirtschaftspolitischer Abstinenz des Staates einem Zustand vollkommener Konkurrenz auf allen Märkten auch nur auf längere Sicht annähern würde. Eine Erhöhung der Marktmacht und damit der Versuch zur Monopolisierung von Märkten verspricht immer privatwirtschaftlichen Gewinn. Allein aus diesem Grund kann ein Plädoyer für eine Annäherung an die Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz für möglichst weitgehende wirtschaftspolitische Abstinenz interpretiert werden.“ <sup>26)</sup>

Auch die Klassiker waren sich darüber im klaren, daß unter Umständen die Ergebnisse des freien Wettbewerbs zu gesamtwirtschaftlich unerwünschten Wirkungen führen können. Bekanntlich werden häufig bei der Produktion z. B. von Chemikalien Abwässer in Flüsse geleitet werden, wodurch anderen Produktionszweigen (Fischindustrie, Landwirtschaft) Schaden entsteht. Dem Chemiewerk werden nicht die tatsächlichen Kosten zugerechnet, die durch seine Produktion entstanden sind. Im Falle solcher „externer Effekte“ ist gerade staatlicher Eingriff geboten, eine Abweichung vom Konkurrenzgleichgewicht erhöht die Wohlfahrt der Gesamtheit <sup>27)</sup>.

Die bedeutsame Funktion des Staates macht auch Friedman als einer der strengsten Neoklassiker deutlich: „Eine Regierung, die für Ruhe und Ordnung sorgt, die die Eigentumsrechte definiert, die ein Instrument vorsieht, mit dem wir die Eigentumsrechte und andere Gesetze im Spiel der Wirtschaftskräfte ändern können, eine Regierung, die Kontroversen über die Auslegung von Gesetzen entscheidet, die Einhaltung von Verträgen erzwingt, den Wettbewerb fördert, ein monetäres System schafft, sich für die Bekämpfung technischer Monopole

---

<sup>25)</sup> „Freie Märkte für Güter und Ideen bleiben die entscheidenden Vorbedingungen für die individuelle Freiheit . . . Der Liberale der Vorbedingungen für die individuelle Freiheit . . . Der Liberale des 19. Jahrhunderts betrachtete die Ausdehnung der Freiheit als den effektivsten Weg, um den sozialen Staat und die Gleichheit zu erreichen.“ Friedman, Kapitalismus und Freiheit, a. a. O., S. 13 und 24.

<sup>26)</sup> Egon Sohmen, Allokationstheorie und Wirtschaftspolitik, Tübingen 1976, S. 5: „Es sei aber vor dem Mißverständnis gewarnt, eine aktive Wettbewerbspolitik auf der Grundlage von Allokationsmodellen vollkommener Konkurrenz als ein Plädoyer für ‚atomistische‘ Konkurrenz für Miniaturunternehmen zu interpretieren.“

<sup>27)</sup> Vgl. zur ausführlichen Diskussion externer Effekte Sohmen, a. a. O., S. 221 ff.

und die Beseitigung ihrer Folgewirkungen einsetzt, wenn dies angebracht scheint, und die private Wohlfahrt und die Familie bei der Fürsorge der Unzurechnungsfähigen, seien es Geisteskranke oder Kinder, unterstützt – eine solche Regierung hat zweifellos eine Reihe wichtiger Funktionen zu erfüllen.“<sup>28)</sup>

Die in diesem Abschnitt beschriebene sozialphilosophische Position der Klassiker läßt es zweifelhaft erscheinen, ob die klassischen Ökonomen als konservativ angesehen werden können. Vielmehr waren sie Wegbereiter einer neuen Zeit, und die Rückbesinnung auf ihre Prinzipien der Freiheit des Individuums, des Wettbewerbs, der Absage an den paternalistischen Staat bieten nach wie vor Lösungsansätze für die Probleme unserer Tage (ohne daß dies allerdings Patentlösungen wären).

Das Konzept der klassischen Ökonomie würde sich durchaus in den weitreichenden Grundkonsens einfügen, den Krupp folgendermaßen formulierte: „Eine Wirtschaftsordnung, der es nicht mehr gelingt, ‚soziale Gerechtigkeit‘ zu erzeugen, wird nicht allgemein akzeptiert werden können.“<sup>29)</sup>

Fraglich bleibt, welcher Weg eingeschlagen werden soll, um die soziale Gerechtigkeit zu realisieren. So sah die Tradition der klassischen Liberalen die „Ausdehnung der Freiheit als den effektivsten Weg (an), um den sozialen Staat und die Gleichheit zu erreichen. Der Liberale des 20. Jahrhunderts betrachtete die allgemeine Wohlfahrt und die Gleichheit als Voraussetzung oder als Alternativen zur Freiheit“<sup>30)</sup>. Dies ist aber nicht lediglich – und nicht einmal in erster Linie – eine Frage unterschiedlicher Normen, sondern auch – und insbesondere – eine Frage der Effizienz staatlicher Politik zur Wohlfahrtssteigerung und Erhöhung der Gleichheit. Hier kommt die neoklassische Theorie zu dem Ergebnis, daß gerade unter dem Aspekt der Wohlfahrt und sozialen Gerechtigkeit weniger statt mehr staatliche Aktivität besser gewesen wäre, zumindest aber hätte sie anders betrieben werden müssen als es tatsächlich geschehen ist. Dies wird in den nächsten beiden Abschnitten darzustellen sein.

### *III. Fallweise staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß führen nicht zu seiner Verstärkung*

„In den vergangenen Jahrzehnten sind die Begriffe ‚Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum‘ für die Regierung zu erstklassigen Entschuldigungen geworden, sich immer mehr in wirtschaftliche Angelegenheiten einzumischen.“

<sup>28)</sup> Friedman, Kapitalismus und Freiheit, a. a. O., S. 59/60.

<sup>29)</sup> Sachverständigenrat trifft Vorwurf der Parteilichkeit, Interview mit Hanns-Jürgen Krupp, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 7. 10. 1978.

<sup>30)</sup> Friedman, Kapitalismus und Freiheit, a. a. O., S. 24.

schen.“<sup>31)</sup> Hinter dieser Aussage steht die Überzeugung, daß die private wirtschaftliche Aktivität durch das System von Rückkoppelungen zur Stabilität tendiert. Vorausgesetzt wird natürlich, daß der Mechanismus von Anreizen und Sanktionen wirkt.

Mit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre brach jedoch für viele das Glaubensgebäude der Klassiker von der immanenten Stabilität des privaten Sektors in sich zusammen. Mit den Lehren von Keynes<sup>32)</sup> verbreitete sich statt dessen die Ansicht, daß der Staat eingreifen müsse, um Vollbeschäftigung sicherzustellen. Nachfragerückgänge können sich kumulativ verstärken; die Wirtschaft würde zwar zu einem neuen Gleichgewicht finden, aber bei erheblicher Arbeitslosigkeit. Ohne staatliche Nachfrageanstöße würde die Unterbeschäftigung nicht in einer akzeptablen Zeitspanne durch die Marktkräfte beseitigt werden. Das berühmte Wort von Keynes „langfristig sind wir alle tot“ sollte die Irrelevanz der klassischen Theorie geißeln; über die Beschäftigung mit den langfristigen Wachstumsbedingungen habe diese Theorie aber die kurzfristige Tendenz des Wirtschaftssystems zur Unstabilität übersehen. Die Frage der kurzfristigen Steuerbarkeit des Wirtschaftsprozesses durch staatliche finanz- und geldpolitische Maßnahmen wurde zum beherrschenden Gegenstand der theoretischen Nationalökonomie und der Wirtschaftspolitik. Der Glaube an die staatliche Nachfragesteuerung fand in der Bundesrepublik Deutschland seinen Niederschlag in dem Gesetz zur Förderung von Wachstum und Stabilität nach der Rezession 1966/67, dreißig Jahre nach dem Erscheinen der „General Theory“ von Keynes. Vollends triumphierte er in der „Vollbeschäftigungsgarantie“, die – nicht an Bedingungen geknüpft – der frühere Bundeskanzler Brandt abgeben hatte.

#### Keynes versus Klassik – Die theoretischen Unterschiede

In einem klassischen Gleichgewichtssystem stellt bei einem Rückgang der Nachfrage die Beweglichkeit der Preise und Löhne das güterwirtschaftliche Gleichgewicht wieder her. Das Geld ist neutral in dem Sinne, daß sich die realen Verhältnisse im Gleichgewicht nicht verändern, wenn das nominale Geldangebot verdoppelt oder verdreifacht würde. (Geld ist quasi nur ein „Schleier“.) Einschränkend muß allerdings gesagt werden, daß die Ansichten von Adam Smith über Geld sich auf die lange Frist bezogen. Die Klassiker verstiegen sich nicht zu der absurden Ansicht, daß es keine Depressionen, Arbeitslosigkeit und unverkaufte Güter gebe. Sie sahen allerdings solche Phänomene als vorübergehend an, solange Preis- und Mengenanpassungen noch nicht vollzogen seien. Das Un-

<sup>31)</sup> Friedman, Kapitalismus und Freiheit, a. a. O., S. 62.

<sup>32)</sup> John Maynard Keynes, The General Theory of Employment, Interest, and Money, London 1936.

gleichgewicht sei Folge einer Unstimmigkeit der Struktur von Produktion und Nachfrage<sup>33</sup>), nicht aber Folge einer Überproduktion, einen generellen Nachfragemangel gebe es nicht <sup>34</sup>).

Zu einem entgegengesetzten Ergebnis kommt die Keynesische Analyse. Zwei Annahmen waren es, die Keynes am klassischen Theoriegebäude nicht akzeptierte:

1. Völlige Flexibilität der Löhne auch nach unten;
2. Geld wird nur benutzt, um damit Güter, Dienstleistungen, Aktien oder sonstige Finanzaktiva zu kaufen (Transaktionskasse) <sup>35</sup>). Damit ist ausgeschlossen, daß die Wirtschaftssubjekte lieber Geld halten als es auszugeben oder anzulegen.

Beide Annahmen erschienen Keynes unrealistisch und blockierten das Verstehen für kurzfristige Schwankungen der Wirtschaftstätigkeit und das Verharren bei einem Unterbeschäftigungsgleichgewicht.

---

<sup>33</sup>) "It is at all times the bad adaptation of the commodities produced to the wants of mankind which is the specific evil, and not the abundance of commodities. Men err in their productions, there is no deficiency of demand." David Ricardo, *The Works and Correspondance of David Ricardo*, Piero Sraffa (Hrsg.), Cambridge 1955, 2. Band, S. 277.

<sup>34</sup>) Das Saysche Gesetz beinhaltet, laut Sowell, folgende sechs Behauptungen: 1. Die gesamte Faktorentlohnung für die Produktion einer bestimmten Menge von Gütern ist notwendigerweise hinreichend, dieselbe Menge von Gütern zu kaufen. 2. Es gibt in einer Volkswirtschaft nirgendwo einen Verlust von Kaufkraft, denn die Wirtschaftssubjekte sparen nur in dem Ausmaß, in dem sie zu investieren wünschen, und sie halten kein Geld über ihren Transaktionsbedarf in der jeweiligen Periode. 3. Investitionen stellen nur eine alternative Nachfrage und keinen Rückgang von Nachfrage dar. Der gleiche Betrag, der auch von dem sparsamen Konsumenten hätte ausgegeben werden können, wird von dem Kapitalisten und/oder von den Arbeitern in dem Investitionsgüterbereich ausgegeben. 4. Real gesehen, gibt es eine ex ante Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage, da jeder einzelne nur wegen und im gleichen Ausmaß seiner Nachfrage nach anderen Gütern produziert. 5. Eine höhere Sparquote sorgt in der Folge für eine höhere Wachstumsrate des Sozialprodukts. 6. Ungleichgewicht in der Wirtschaft kann es nur wegen Strukturdiskrepanzen zwischen Nachfrage und Produktion geben, nicht wegen eines gesamtwirtschaftlichen Überangebots. Sowell, a. a. O., S. 40 ff., und die dort angegebene Literatur.

<sup>35</sup>) "(Money) will not be allowed to lie idle. (It) can serve no other purpose besides purchasing goods, . . . it is desired not for its own sake." (Therefore) "though a particular merchant with an abundance of goods in his warehouse, may sometimes be ruined by not being able to sell them in time, a nation or country is not liable to the same accident." Smith, a. a. O., S. 323 und S. 407.

Statt dessen unterstellte er nach unten starre Nominallohne und eine andere Hypothese über die Geldnachfrage <sup>36)</sup>: Er unterschied hinsichtlich der Geldnachfrage (Liquiditätspräferenz) zwischen einer Liquiditätspräferenz für Transaktionskasse und einer Liquiditätspräferenz für Spekulationskasse. Die Geldnachfrage für Transaktionszwecke ist – wie im klassischen Modell – eine Funktion des Nominaleinkommens. Neu ist die Nachfrage nach Spekulationskasse, die Keynes mit den Zinserwartungen erklärt: Jedes Wirtschaftssubjekt hat eine bestimmte Vorstellung über die mittelfristig zu erwartende Höhe des Zinssatzes. Sinkt das Zinsniveau unter den mittelfristig erwarteten Zinssatz, wird es vorgezogen, einen Teil des Vermögens in Form von Geld zu halten, statt in festverzinslichen Wertpapieren anzulegen. Je niedriger der tatsächliche Zinssatz ist – im Vergleich zu den Erwartungen –, um so höher ist die Zahl jener, die eine Zinssteigerung erwarten, und um so größer ist die Nachfrage nach Spekulationskasse.

Ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führt zu einem entsprechenden Rückgang in der realen Geldnachfrage zu Transaktionszwecken. Bei konstantem Geldangebot sinken wegen insgesamt geringerer Geldnachfrage die Zinsen; niedrigere Zinsen veranlassen die Wirtschaftssubjekte, mehr Kasse aus Spekulationsgründen zu halten. Dies bremst den Zinsrückgang. Das verbleibende Geldangebot würde zu den herrschenden Preisen nicht ausreichen, daß das Vollbeschäftigung sichernde Güterangebot abgesetzt werden könnte. Die angenommene Lohnstarrheit aber verhindert einen gewinn-neutralen Rückgang des Preisniveaus (bzw. der Inflationsrate) und somit den notwendigen Anstieg im realen, d. h. um die Inflationsrate bereinigten Geldangebot und den erforderlichen Fall des Nominalzinssatzes. Wenn daher das nominale Geldangebot konstant ist, kann das ursprüngliche Gleichgewicht von Produktion und Beschäftigung nicht aufrechterhalten werden; es muß einem neuen weichen, das durch ein geringeres Produktionsniveau und eine unfreiwillige Reduktion der Beschäftigung gekennzeichnet ist. „Unfreiwillig“, weil sich nicht die Vorstellungen über die Mengen geändert haben, die Unternehmen zu produzieren und Arbeitskräfte als Leistung anzubieten gedenken, sondern weil das reale Geldangebot unzureichend ist.

Die Instabilität des Systems könnte nur durch entsprechende Stabilisierungspolitik des Staates beseitigt werden. Die Geldpolitik könnte das nominale Geldangebot erhöhen, dadurch den Zinssatz senken, Investitionsausgaben anregen und so dem Nachfragerückgang entgegenwirken. Die Finanzpolitik könnte direkt durch Ausgabesteigerungen und Steuererleichterungen die Nachfrageausfälle ausgleichen und so Vollbeschäftigung mit dem ursprünglichen nominalen Geld-

---

<sup>36)</sup> Vgl. dazu Peter Trapp, Geldmenge, Ausgaben und Preisanstieg in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1976, S. 36.

bestand vereinbar machen. Prinzipiell könnten sowohl geld- wie finanzpolitische Instrumente gleichermaßen benutzt werden. Die Reaktion der Nachfrage auf Veränderungen des Zinssatzes wurde aber als relativ unsicher betrachtet: Zum einen glaubte man nicht, daß die Investitionsnachfrage ausreichend stark auf die Zinssenkung reagieren würde (zinsunelastische Investitionsnachfrage). Zum anderen würde – entsprechend der Keyneschen Liquiditätspräferenztheorie – bei einem Zinsrückgang die Geldnachfrage aus Spekulationsgründen zunehmen; theoretisch erschien es Keynes auch nicht ausgeschlossen, daß eine Geldvermehrung keine Zinssenkung nach sich ziehen würde, weil sie voll in die Kasenhaltung der Wirtschaftssubjekte fließen würde (Liquiditätsfalle). Dann könnte die Geldpolitik nichts bewirken<sup>37)</sup>.

Der direkt die Nachfrage verändernden Finanzpolitik wurde die größere Wirksamkeit zugesprochen. Finanzpolitik wurde daher als das wichtigste Instrument bezeichnet, um die Wirtschaft auf dem Vollbeschäftigungsniveau zu halten.

#### Die „Phillips-Kurve“

Die wirtschaftspolitische Konsequenz, die aus der Keyneschen Theorie gezogen wurde, läßt sich anschaulich an der „Phillips-Kurve“ aufzeigen. Die empirischen Arbeiten von Phillips und anderen über den Zusammenhang von Inflation und Arbeitslosigkeit<sup>38)</sup> stützten die Vermutung, daß es möglich sei, zwischen niedriger Arbeitslosigkeit bei relativ hoher Inflation oder hoher Arbeitslosigkeit bei geringer Inflation zu wählen<sup>39)</sup>. Man glaubte, es gebe eine – für jedes Land möglicherweise verschiedene – stabile Kurve der Wahlmöglichkeiten, die „Phillips-Kurve“ (vgl. *Abbildung 1*).

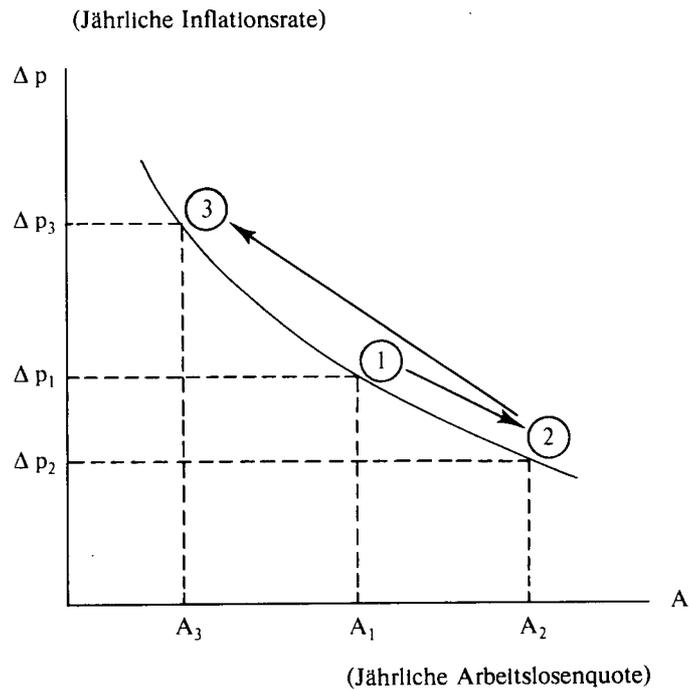
Ein Nachfragerückgang kann z. B. die Wirtschaft aus der Situation (1) zur Konstellation (2) mit zwar niedrigerer Inflation, aber höherer Arbeitslosigkeit führen. Dem gesellschaftlichen Wunsch entspräche allerdings eine Arbeitslosigkeit wie in Situation (3); dafür würde man die damit verbundene höhere Inflation in Kauf

<sup>37)</sup> Eine detaillierte Darstellung der Wirkung geldpolitischer Maßnahmen findet sich bei Trapp, a. a. O., S. 35–71.

<sup>38)</sup> Phillips hatte in seiner Arbeit den Zusammenhang von Beschäftigungs- und Lohnänderungen untersucht. In der wirtschaftspolitischen Diskussion erlangte indes die hier dargestellte modifizierte Version der Phillips-Kurve größere Bedeutung. A. W. Phillips, *The Relationship between Unemployment and the Rate of Change of Money Wages in the UK, 1861–1957*, *Economica*, 1958.

<sup>39)</sup> Deutlichen Ausdruck fand dieser Glaube an die stabile Wahlmöglichkeit in der Äußerung des damaligen Wirtschafts- und Finanzministers Helmut Schmidt, fünf Prozent Inflation seien besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit. Seit Mitte der siebziger Jahre dürfte aber gerade Schmidt einer jener Politiker sein, die immer wieder betonen, daß man nicht dauerhaft, wenn überhaupt niedrigere Arbeitslosigkeit mit etwas mehr Inflation erkaufen könne.

Abbildung 1: Die theoretische Phillipskurve

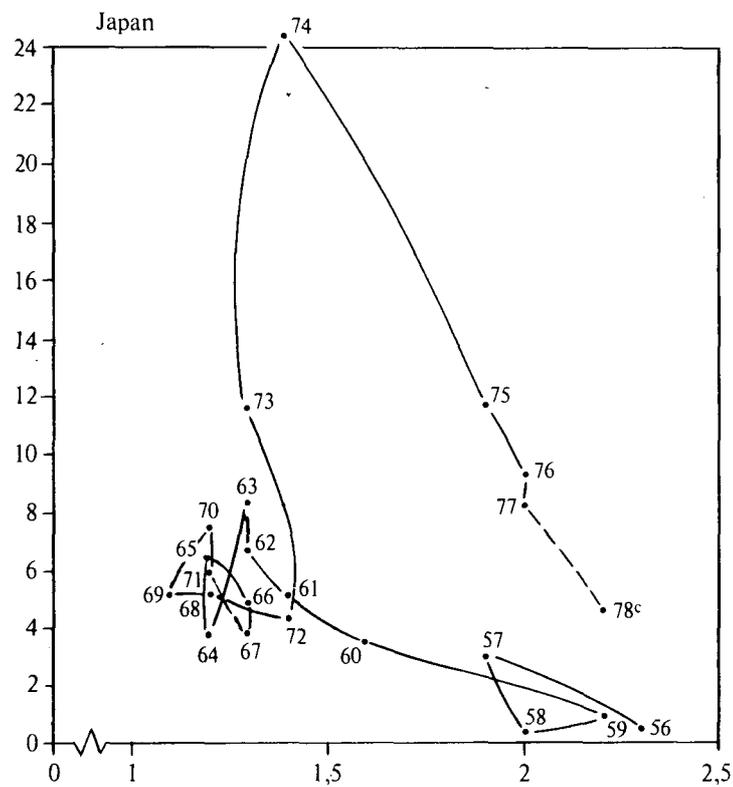


nehmen. Die Finanzpolitik wird nun eingesetzt (notwendigerweise unterstützt von der Geldpolitik), um einen Nachfrageanstieg zu bewirken, in dessen Folge die Inflation sich beschleunigt auf die Rate  $\Delta p_3$ , aber die Arbeitslosigkeit auf  $A_3$  herabsinkt.

Der „Preis“ für den hohen Beschäftigungsstand, die relativ hohe Inflationsrate, akzeptierte man solange, wie sich die Situation als dauerhaft erwies, der Zusammenhang zwischen Preissteigerung und Arbeitslosigkeit stabil blieb. Nun zeigt aber die Entwicklung in den wichtigsten Industriestaaten, daß der Wirtschaftsprozess sich nicht in einer Bewegung entlang einer Kurve wie in Abbildung 1 vollzog. Während der fünfziger und frühen sechziger Jahre zeigten sich Schlei-

fen um diese Kurve („Lipsey loops“); gegen Ende der sechziger und in den siebziger Jahren verschoben sich jedoch die – hinter den Schleifen vermuteten – Kurven (vgl. *Abbildung 2*). Ein bestimmtes Beschäftigungsniveau war mit immer höheren Inflationsraten verbunden (Verschiebung nach oben), es kam sogar trotz steigender Inflationsraten zu höherer Arbeitslosigkeit („Verschiebung in

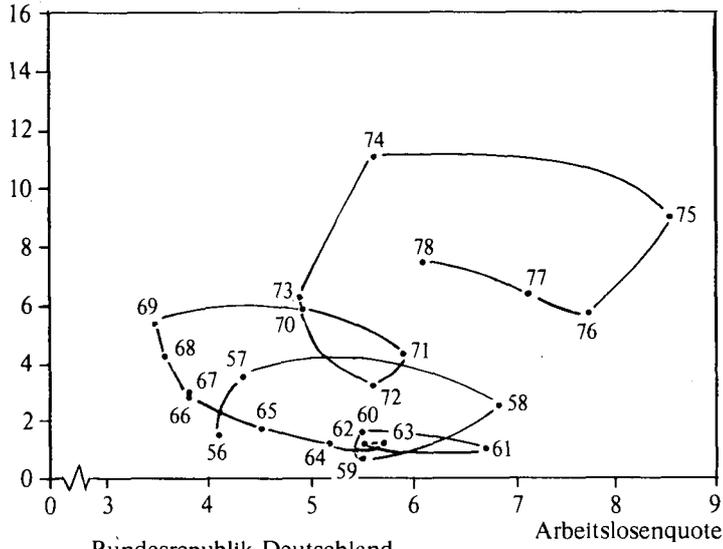
Abbildung 2: Phillips-Kurven für ausgewählte Industrieländer



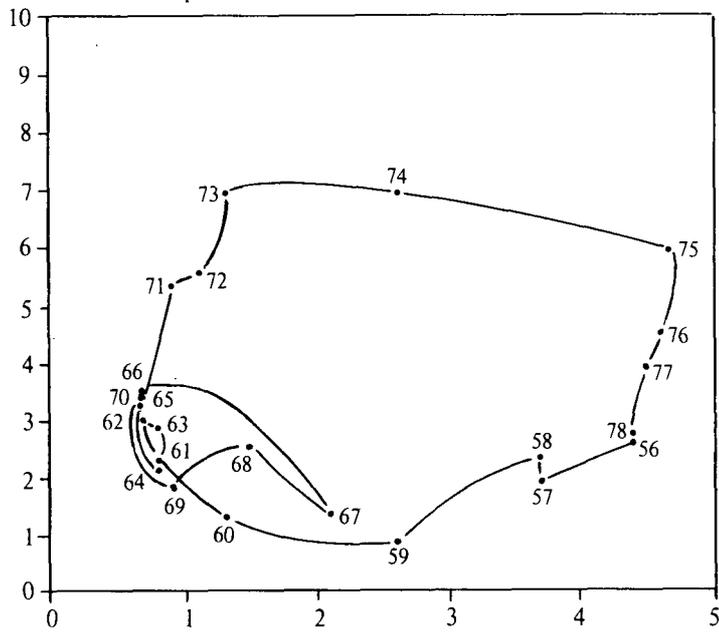
<sup>a</sup>Anstieg der Verbraucherpreise in vH gegenüber dem Vorjahr – <sup>b</sup>Wegen einer Umstellung in der Statistik ist die Arbeitslosenquote des Jahres 1977 nicht mit den Arbeitslosenquoten der Vergangenheit vergleichbar – <sup>c</sup>Geschätzt.

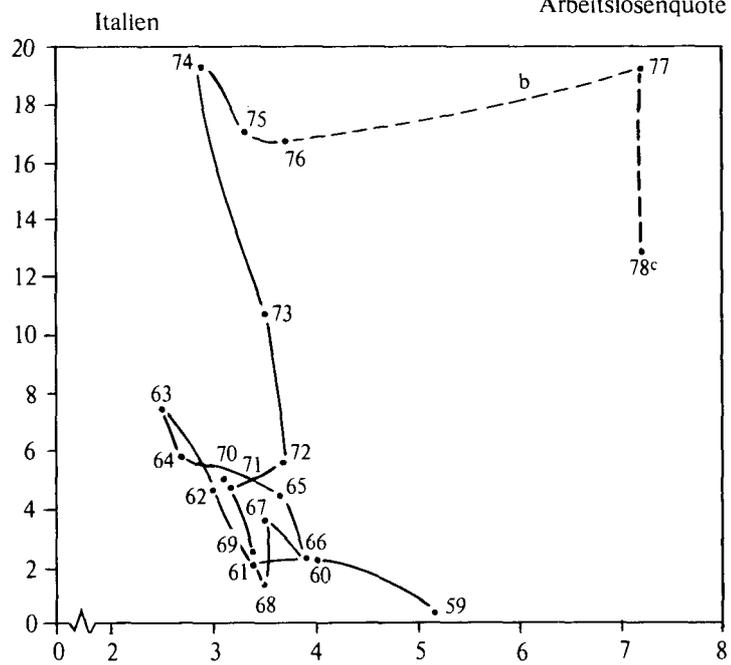
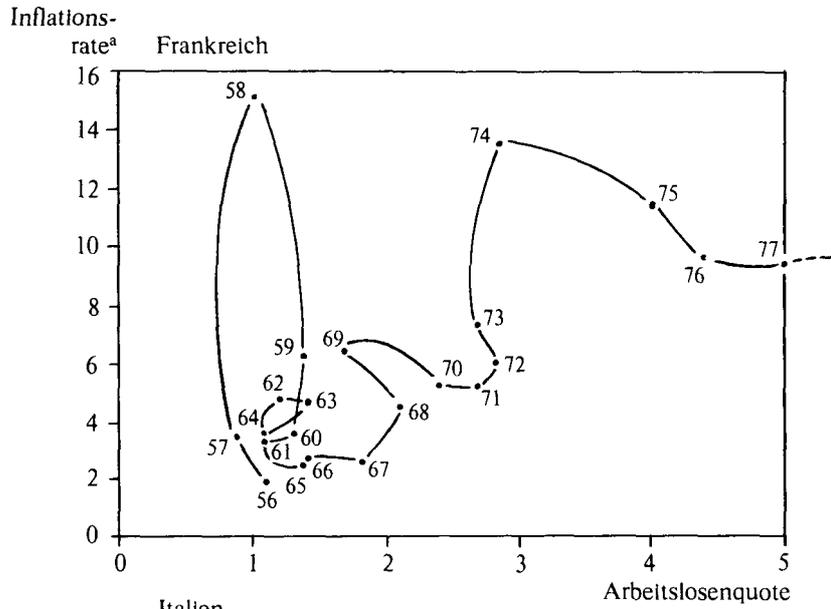
Inflations-  
rate<sup>a</sup>

Vereinigte Staaten

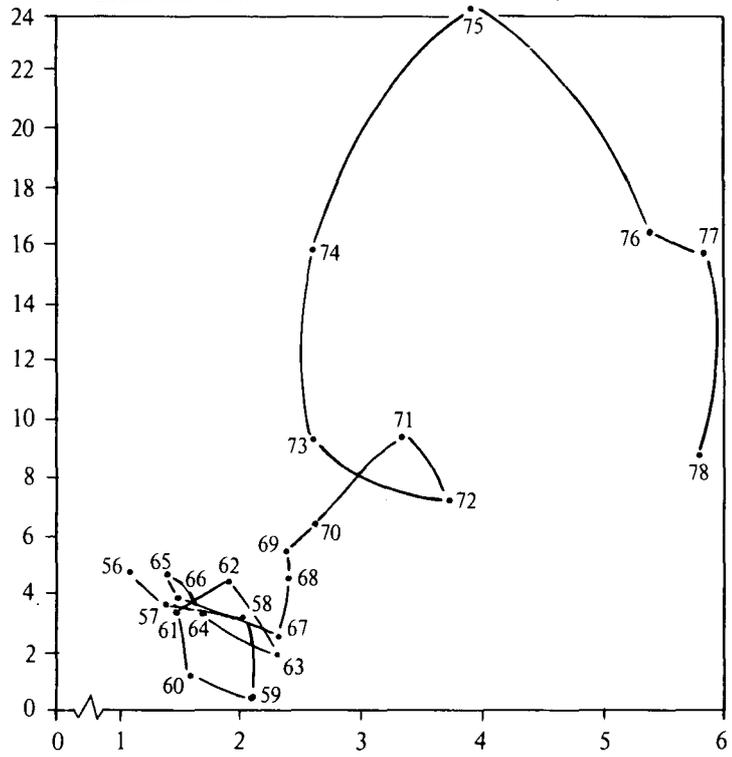


Bundesrepublik Deutschland





Großbritannien



den freien Raum“). Diese Entwicklung erschütterte den Glauben an die Stabilität der Phillips-Kurve und damit an die Wahlmöglichkeit zwischen mehr Inflation oder mehr Arbeitslosigkeit. Das Dogma, der Staat sei für die Vollbeschäftigung in die Pflicht zu nehmen, geriet ins Wanken. In immer schnellerer Folge mußte die Wirtschaftspolitik ihren Kurs von „Stop“ auf „Marsch“ umstellen, immer massiver mußten die Instrumente eingesetzt werden; die kurze Frist, die Keynes der langen Frist der Klassiker – in der wir alle tot seien – entgegengesetzt hatte, wurde immer kürzer.

### Die „natürliche“ Arbeitslosigkeit

Mit den theoretischen Arbeiten von Friedman <sup>40)</sup> und Phelps <sup>41)</sup> und der immer schnelleren Folge wirtschaftlicher Fehlentwicklungen setzte sich die Überzeugung durch, daß die Wirtschaftspolitik auf mittlere Sicht nicht die Möglichkeit hat, eine möglichst niedrige Arbeitslosigkeit zur Norm für die Wirtschaftspolitik zu erheben und sie durch eine hohe Inflationsrate zu erkaufen. In einer Volkswirtschaft könne es bei den gegebenen Strukturbedingungen – d. h. der Produktionstechnik, den Nachfragekonstellationen, den Strukturen der Märkte – im Gleichgewicht nur ein einziges Vollbeschäftigungsniveau geben. Von diesem Beschäftigungsniveau komme es – durch politische Maßnahmen – allenfalls zu kurzfristigen Abweichungen nach oben oder unten; eine dauerhafte Änderung würde eine Änderung der Strukturbedingungen voraussetzen. Dieses Niveau der Arbeitslosigkeit bei Vollbeschäftigung bezeichnete Friedman als „natürliche“ Arbeitslosigkeit <sup>42)</sup>.

Die Hypothese der Wahlmöglichkeit beruhte auf einem fundamentalen Fehler, dem Mangel einer Unterscheidung zwischen Nominal- und Reallöhnen <sup>43)</sup>, d. h. sie ging davon aus, daß die Wirtschaftssubjekte erwarten, daß die Preise nicht – oder nur im erwarteten Ausmaß – steigen. Mittels expansiver monetärer Maßnahmen kann der Beschäftigungsgrad nur solange über dem Gleichgewichtsniveau gehalten werden, wie die Arbeitnehmer eine Entwertung ihrer Nominallöhne durch steigende Inflationsraten hinnehmen. Um das Sinken ihrer Reallöhne zu verhindern, werden sie höhere Geldlöhne fordern. Dies werden die Unternehmen dann zugestehen, wenn sie glauben, die gestiegenen Kosten durch erneute Preisanhebungen auf ihre Kunden abwälzen zu können. Weitere Preissteigerungen lassen sich aber nur bei einer erneuten Beschleunigung der monetären

<sup>40)</sup> Milton Friedman, The Role of Monetary Policy, in: American Economic Review, Bd. 58, Nr. 1, 1968; dt. Übersetzung: Die Rolle der Geldpolitik, in: Ders., Die optimale Geldmenge, München 1976.

<sup>41)</sup> Edward S. Phelps (Hrsg.), Microeconomic Foundation of Employment and Inflation Theory, New York 1970.

<sup>42)</sup> Friedman, Die Rolle der Geldpolitik, a. a. O., S. 144.

<sup>43)</sup> Ebd., S. 145.

Expansion durchsetzen. Verlangsamt jedoch die Notenbank die Ausweitung des Geldangebots (weil sie zur Verwirklichung von Preisniveaustabilität verpflichtet ist), so sind Absatzschwierigkeiten, gekoppelt mit einer Abnahme der Beschäftigung auf das Niveau vor der verstärkten monetären Expansion die Folge: „Es besteht immer eine vorübergehende Diskrepanz zwischen Inflation und Unterbeschäftigung, es gibt jedoch keine permanente. Die vorübergehende Diskrepanz resultiert nicht aus der Inflation an sich, sondern aus der nicht erwarteten Inflation.“<sup>44)</sup>

Dieser Zusammenhang ist in *Abbildung 3* dargestellt: Es gibt nicht nur *eine* (kurzfristige) Phillips-Kurve, sondern eine ganze Schar solcher Kurven; sie unterscheiden sich in den Preissteigerungserwartungen, die die Wirtschaftssubjekte hegen. Wir nehmen an, die Wirtschaft befinde sich in der Situation (1), eine Expansionspolitik werde eingeleitet, in deren Folge sich die Inflationsrate erhöht und die Beschäftigung steigt auf das gewünschte Niveau (2). Erwarten die Wirtschaftssubjekte nach der ersten Enttäuschung ihrer Inflationserwartungen nun einen Preisanstieg in der erfahrenen Höhe, so läßt sich das gleiche Beschäftigungsniveau nur durch eine Inflationsbeschleunigung halten (3).

Das Konzept der „natürlichen“ Arbeitslosenquote wurde im Anschluß an die Analysen von Friedman und Phelps zum Angelpunkt der theoretischen und politischen Diskussion in der Nationalökonomie. Man wurde sich zusehends unsicherer in der Antwort auf die Frage, ob denn durch staatliche Maßnahmen überhaupt der Übergang von Situation (1) auf Situation (2) möglich sei, wie er vonstatten ginge und wie lange die Wirtschaft in dieser neuen Situation verharren würde. Die Antwort hängt entscheidend davon ab, wie die Wirtschaftssubjekte ihre Erwartungen über die zukünftige Entwicklung und die Wirkungen von staatlichen Maßnahmen bilden. Die Erfahrung lehrt, daß insgesamt die Wirtschaftssubjekte ihre Erwartungen korrigieren, d. h. aus enttäuschten Erwartungen lernen – nach dem Motto, daß man zwar alle Menschen manchmal und manche Menschen immer, aber nicht alle Menschen immer betrügen könne (Abraham Lincoln). Zwei Hypothesen über die Erwartungsbildung werden diskutiert: Die Wirtschaftssubjekte haben rationale Erwartungen oder sie passen ihre Erwartungen mit einer gewissen Verzögerung an vorangegangene Enttäuschungen an (adaptive Erwartungen)<sup>45)</sup>.

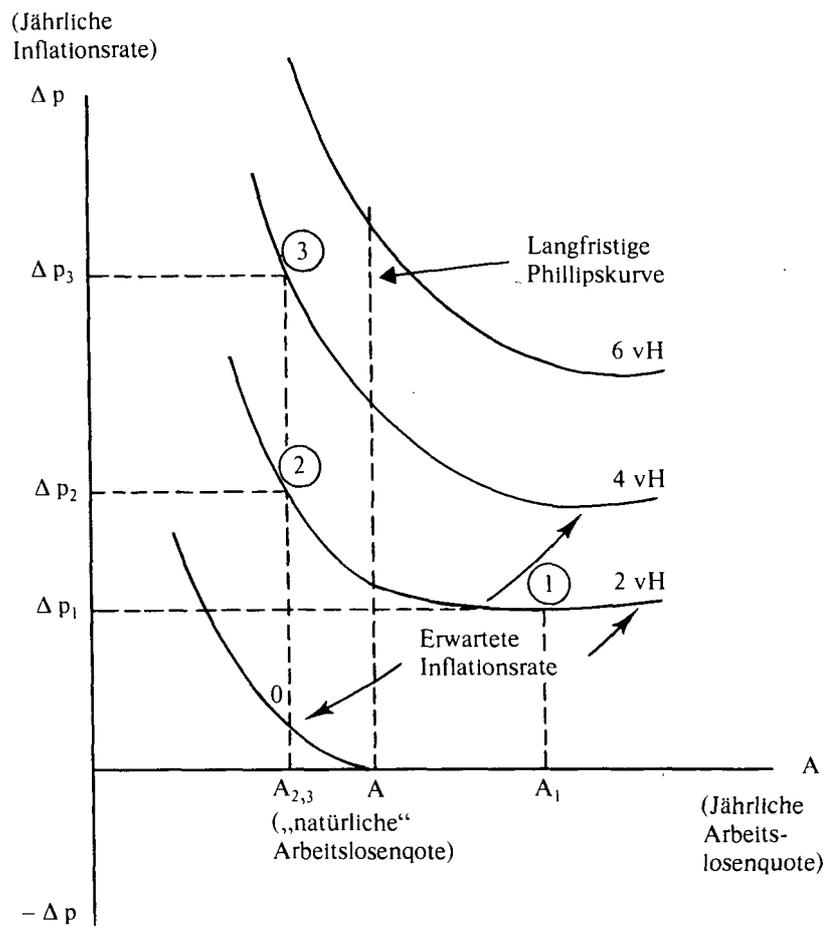
Rational handelnde Wirtschaftssubjekte werden bei ihrer Erwartungsbildung hinsichtlich der Zukunft die Vergangenheitserfahrungen bestmöglich verarbeiten. Insbesondere werden sie die Auswirkungen von geld- und finanzpolitischen

---

<sup>44)</sup> Ebd., S. 148.

<sup>45)</sup> Adaptive und rationale Erwartungen schließen sich nicht aus: Bei Informationskosten sind adaptive Erwartungen u. U. die rationalsten, die möglich sind.

Abbildung 3: Der Phillips-Zusammenhang aus neoklassischer Sicht



Maßnahmen in ihre Erwartungen voll einbeziehen. Aus der makroökonomischen Hypothese rationaler Erwartungen folgt nun <sup>46)</sup>:

- Fehler beim Einschätzen der zukünftigen Preisentwicklung – sie werden als einzige Quelle für eine Abweichung vom Gleichgewicht angesehen – können zwar nicht vermieden werden, aber sie werden kurzlebig und zufällig sein. Insbesondere kann es nicht dauerhaft Arbeitslosigkeit über oder unter der „natürlichen“ Rate geben, denn das setzt voraus, daß sich die Mehrheit der Wirtschaftssubjekte in ihren Erwartungen fortlaufend täuscht, ohne sie zu korrigieren; dies widerspricht jedoch der These rationaler Erwartungen.
- Ebenso wenig kann die Regierung fallweise Eingriffe erfolgreich durchführen, um Nachfrageschocks auszugleichen. Der private Sektor stellt sich schon auf antizipierte Schocks ein; staatliche Politik kann daher nur helfen, wenn die staatliche Information besser ist als die der Öffentlichkeit. Unter diesen Bedingungen können ad hoc-Maßnahmen nur zusätzliche Schocks auslösen.

Akzeptiert man die Hypothese rationaler Erwartungen, gibt es keinen Raum für die Nachfragesteuerung. Der Übergang von der Situation (1) auf (2) wird nicht gelingen. Die Wirtschaft tendiert zur Stabilität, es sei denn, die Regierung sorgt für Störungen. Was darüber hinaus an Störungen existiert, liegt außerhalb der Einflußnahme von Menschen, geschweige denn Regierungen.

Nun ist es allerdings eine offene empirische Frage, ob die Hypothese rationaler Erwartungen zutrifft, ob also – z. B. nach einer längeren Phase signifikant abnehmender Preissteigerungsraten – eine forcierte Geldmengenexpansion sofort in wieder steigende Preissteigerungserwartungen umgesetzt wird und somit nicht einmal vorübergehend eine reale Wirkung eintritt. Hier mögen Zweifel erlaubt sein, die gesellschaftliche Lernfähigkeit ist noch wenig erforscht.

Die Vermutung, „es wird schon nicht so dick kommen“ – Ausdruck einer gewissen Trägheit in der Erwartungsbildung – ließe kurzfristig bis es alle gemerkt haben eine Reaktion von Produktion und Beschäftigung zu; der Keynesische „Trick“ funktioniert zumindest vorübergehend. Die Erfahrungen zu Beginn der siebziger Jahre auch in der Bundesrepublik lassen vermuten, daß die Schnelligkeit der Anpassung der Erwartungen an die tatsächliche Entwicklung und damit die Wirksamkeit der expansiven Politik positiv zusammenhängt mit der Geschwindigkeit der Inflationsbeschleunigung <sup>47)</sup>.

<sup>46)</sup> Vgl. Franco Modigliani, The Monetarist Controversy Should We Forsake Stabilization Policies, in: American Economic Review, Vol. 67 (1977), S. 5 f.

<sup>47)</sup> Nicht ausgeschlossen ist, daß es zu einer Überreaktion (d. h. aber: irrationalen) Erwartung kommt: So wurden in der Bundesrepublik für 1974 Preissteigerungsraten von über 10 v. H. erwartet, obgleich die Geldpolitik seit der Jahresmitte 1973 eine drastische Verlangsamung der monetären Expansion eingeleitet hatte.

In beiden Fällen der Erwartungsbildung aber gilt, daß die langfristige Phillips-Kurve nicht negativ geneigt, sondern vertikal ist und der „natürlichen“ Arbeitslosigkeit entspricht, dem Gleichgewichtsbeschäftigungsniveau. Geld ist – nach den Anpassungsvorgängen – neutral im Sinne der Klassiker, d. h. es hat keine Auswirkungen auf das güterwirtschaftliche Gleichgewicht.

Die geringe Wirksamkeit zur Versteigerung des Wirtschaftsprozesses, die den gegensteuernden fallweisen Eingriffen von den meisten Neoklassikern zugesprochen wird, sollte nicht dazu führen, die Frage: „Staat – ja oder nein?“ mit kategorischem „nein“ zu beantworten. Dies hieße, die Alternativen falsch zu setzen. Zwar geht es auch in gewisser Hinsicht um den Umfang staatlicher Aktivität, insbesondere aber um die Form staatlicher Einflußnahme. Es soll verhindert werden, „daß wir Gefahr laufen, der Geldpolitik eine bedeutendere Rolle beizumessen als sie letztlich auszufüllen vermag, daß wir Gefahr laufen, sie vor Aufgaben zu stellen, die sie nicht zu lösen vermag und daß wir im Endergebnis möglicherweise verhindern, daß sie jenen Beitrag leistet, zu dem sie letztlich nur in der Lage ist“<sup>48)</sup>. Kernpunkt geldpolitischer Empfehlung ist deshalb eine Regelbindung der Geldmengenexpansion<sup>49)</sup>. Dies hat häufig Anlaß zur Kritik gegeben, die Neoklassiker wüßten genauer als andere über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung Bescheid, daß sie sogar eine Regel für das Geldmengenwachstum vorgeben können. Indes, das Gegenteil ist richtig: „Wir wissen einfach noch nicht genug, um kleinere Störmomente bereits bei ihrem Auftreten erkennen zu können und um mit einiger Genauigkeit sowohl die Wirkungen als auch die zu ihrer Kompensation erforderlichen Maßnahmen der Geldpolitik voraussagen zu können. Wir wissen einfach nicht genug, um vorgegebene Ziele auf dem Wege kleiner oder sogar ziemlich großer Änderungen in der Zusammensetzung geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen anstreben zu können . . . Die Erfahrung legt nahe, daß es das Weiseste ist, die Geldpolitik zur Kompensation anderer Störungen nur dann anzuwenden, wenn sie eine eindeutige und unmittelbare Gefahr darstellen.“<sup>50)</sup>

Der zentrale makroökonomische Einwand gegen direkte staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf ist mithin nicht in erster Linie theoretisch-analytisch, sondern betrifft vielmehr die empirische Ungewißheit über den Zeitpunkt des Einsatzes und des erforderlichen Umfangs – das richtige „timing and tuning“

---

<sup>48)</sup> Friedman, Rolle der Geldpolitik, dt. Übersetzung, a. a. O., S. 140.

<sup>49)</sup> Ebd., S. 150.

<sup>50)</sup> Ebd., S. 152.

- der staatlichen Maßnahmen. Rechtzeitiges Handeln des Staates dürfte um so weniger wahrscheinlich sein <sup>51)</sup>,
- je länger es dauert, zuverlässige Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung zu sammeln und den konjunkturpolitischen Entscheidungsträgern zuzuleiten,
- je länger die Auswertung der Informationen und das Feststellen der Zielabweichung dauert,
- je länger es dauert, die Instrumente problemgerecht auszuwählen, und je schwieriger es ist, sie im politischen Entscheidungsprozeß durchzusetzen und durch die Verwaltung ausführen zu lassen.

Ist der richtige Zeitpunkt verpaßt, ist die Gefahr groß, daß sich das Ungleichgewicht vergrößert (z. B. deswegen, weil die privaten wirtschaftlichen Entscheidungsträger auf staatliche Aktionen warten) und „daß der Staat wegen des großen Ungleichgewichts schließlich noch drastischer eingreift und dabei das Risiko der Fehldosierung verstärkt in Kauf nimmt“ <sup>52)</sup>.

Auch die neueren Theorien über Arbeitslosigkeit – z. B. Malinvaud <sup>53)</sup> – bringen neben einer theoretisch interessanten Unterscheidung verschiedener Ursachen von Arbeitslosigkeit keine Lösung für das Problem des rechtzeitigen und adäquaten Einsatzes staatlicher Konjunktursteuerungsinstrumente. Malinvaud kommt zu dem Ergebnis, daß aus theoretischen Gründen die Arbeitslosigkeit auf Grund der Instabilität des Systems – wenn wir das „Versickern“ von Nachfrage durch die Verflechtung vieler Märkte auf falsche Signale so nennen wollen – der Regelfall sein dürfte; „klassische“ Arbeitslosigkeit tritt insbesondere dann auf, „wenn es einen plötzlichen Rückgang in der Pro-Kopf-Produktion gibt, und wenn Antizipationen oder soziale Spannungen zu einem unnormalen Anstieg der Reallöhne führen“ <sup>54)</sup>. Seine Folgerung für die in der Realität wahrscheinlich auftretende Mischform von klassischer und keynesianischer Arbeitslosigkeit ist, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen aus Elementen bestehen müssen, die jeweils geeignet sind, die klassische bzw. keynesianische Arbeitslosigkeit zu bekämpfen <sup>55)</sup>. Da aber dem Ökonomen und Politiker kein operationales Mittel zur empirischen Unterscheidung der quantitativen Bedeutung der verschiedenen

<sup>51)</sup> Vgl. dazu Herbert Giersch, Konjunktur- und Wachstumspolitik, Wiesbaden 1977, S. 155.

<sup>52)</sup> Ebd., S. 156.

<sup>53)</sup> Edmond Malinvaud, The Theory of Unemployment Reconsidered, Oxford 1978.

<sup>54)</sup> Ebd., S. 107.

<sup>55)</sup> Ebd., S. 113.

Formen der Arbeitslosigkeit zur Verfügung steht <sup>56)</sup> und das Problem des „timing and tuning“ ebenfalls nicht gelöst wird, scheint es keine Alternative zu einer Politik zu geben, die sich darauf beschränkt, die Geld- und Finanzpolitik so wenig Schaden wie möglich anrichten zu lassen <sup>57)</sup>. Insbesondere heißt dies, die staatlichen Aktionen für die Entscheidungsträger in der privaten Wirtschaft vorhersehbar und stetig zu gestalten, das heißt, vor allem auf unvorhergesehene und drastische ad hoc-Entscheidungen zu verzichten. An dieser Stelle soll jedoch darauf verzichtet werden, ins einzelne gehende wirtschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen; dies soll den nachfolgenden Aufsätzen vorbehalten bleiben.

#### *IV. Eingriffe in den Funktionsmechanismus haben häufig unsoziale Folgen*

Neben destabilisierenden Effekten der Geld- und Finanzpolitik rückten die neoklassischen Theoretiker zunehmend auch Funktionsstörungen im marktwirtschaftlichen Informations- und Rückkoppelungssystem in den Vordergrund, um Fehlentwicklungen zu erklären. Verringerte Funktionsfähigkeit bedeutet zunehmende Schwierigkeiten in der Anpassung an exogene und endogene Änderungen, sie erhöht die „natürliche“ Arbeitslosigkeit.

Behinderungen des Marktzugangs, Reglementierung, zunehmende Marktmacht machten eine intensivere mikroökonomische Analyse, d. h. Beschäftigung mit dem Verhalten der Wirtschaftssubjekte und des Staates, wie dessen Folgen für die Allokation erforderlich. Die mikroökonomische Fundierung der Wirtschaftspolitik war während des Siegeszugs der keynesianischen Theorie zunehmend vernachlässigt worden. Die Makroökonomie hatte sich für lange Zeit der Einsicht verschlossen, daß sich „eine Empfehlung bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen (wozu auch die Unterlassung von Maßnahmen gehört, die

---

<sup>56)</sup> Vgl. R. Soltwedel, Konjunkturelle versus strukturelle Arbeitslosigkeit – ungelöstes Zu-rechnungsproblem, in: WSI-Mitteilungen, Heft 5, 1977.

<sup>57)</sup> Augenfälliger Schaden entsteht z. B. der Bauwirtschaft durch die „Wechselbäder“ antizyklischer Konjunkturpolitik: Da sich die direkten staatlichen Nachfrageveränderungen vornehmlich auf den Bausektor beziehen, führt eine restriktive Politik häufig zu Unternehmenszusammenbrüchen, konjunkturanregende Maßnahmen bewirken häufig Überhitzung der Konjunktur mit erheblichen Preissteigerungen. Jüngstes Beispiel ist das Gesetz zur Förderung heizenergiesparender Investitionen, das – nach zeitraubendem politischem Entscheidungsprozeß – nun in eine Phase hoher Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft fällt, die Baupreissteigerungen beschleunigen und daher wenig „reale“ Wirkung haben wird.

andere befürworten), bewußt oder unbewußt, auf allokationstheoretische Überlegungen stützen“ muß <sup>58)</sup>).

Die zentrale mikroökonomische Hypothese zur Erklärung von Arbeitslosigkeit ist <sup>59)</sup>, daß die Verteilung von Arbeit (und anderer Produktionsfaktoren) auf Wirtschaftszweige und Regionen nicht übereinstimmt mit der Verteilung der Nachfrage nach den in diesen Wirtschaftszweigen und Regionen produzierten Gütern. Diese Diskrepanzen sind dadurch verursacht, daß die Preise für Güter und Dienstleistungen nicht den Knappheitsverhältnissen auf den Märkten entsprachen, d. h. durch eine Verzerrung des Systems der relativen Preise.

Kernthese der Mikroökonomie ist – salopp formuliert – die Verhaltensannahme, daß die Wirtschaftssubjekte darauf aus sind, ihren Vorteil zu wahren; wenn ihnen dies per legem verwehrt wird, werden sie nach Mitteln und Wegen suchen, um Vorschriften, Ge- und Verboten auszuweichen. In ökonomische Begriffskategorien umgesetzt bedeutet sind, daß sich Individuen im Entscheidungsprozeß von relativen Preisen leiten lassen, um mit ihren (immer) knappen Mitteln die größtmögliche Befriedigung zu erzielen. „Wenn die Knappheit der Produktionsmittel, die für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse eingesetzt werden können, als das zentrale ökonomische Problem bezeichnet wird, so ist damit nichts weiter gemeint als die simple Tatsache, daß wir nicht im Schlaraffenland leben. Es sind insgesamt zu wenig Ressourcen vorhanden, um die Konsumwünsche aller Menschen bis zur vollen Sättigung zu füllen.“ <sup>60)</sup> Ökonomische Entscheidungen verlangen also Vergleiche. Es wird jene Alternative vorgezogen, bei der der einzelne glaubt, seinen vergleichsweise größten Vorteil zu realisieren. Wenn sich die Grundlagen der Entscheidung – das Gefüge der relativen Preise – verändert, wird eine Revision und gegebenenfalls eine Änderung der Entscheidung folgen. Die freie Reaktion der einzelnen auf die Marktsignale, d. h. die Preise, ist eine notwendige Bedingung dafür, daß der Prozeß der positiven und negativen Rückkoppelung im marktwirtschaftlichen System zu einer optimalen Allokation der Ressourcen führt, daß die „unsichtbare Hand“ das Chaos ordnet <sup>61)</sup>. Dieses Maximierungsgebot – die Suche nach der bestmöglichen Alterna-

---

<sup>58)</sup> Egon Sohmen, a. a. O., S. 2. Die verstärkte Beschäftigung mit der mikroökonomischen Theorie bedeutet, wie Stützel sagt, eine Hinwendung zum „guten, soliden hausbackenen Einmaleins, den Binsenweisheiten der Ökonomie“. Wolfgang Stützel, Die fünf Todsünden, in: „Die Zeit“ vom 4. November 1977.

<sup>59)</sup> Vgl. dazu Friedrich A. Hayek, Inflation, The Misdirection of Labour, and Unemployment, in: Ders., Full Employment at any Price?, Institute of Economic Affairs, Occasional Paper 45, London 1975, S. 19 ff. Diese Formulierung des Problems knüpft direkt an die beschriebene Sicht der Klassiker an.

<sup>60)</sup> Egon Sohmen, a. a. O., S. 2.

<sup>61)</sup> Auf die notwendige Manipulation von Marktdaten im Fall von externen Effekten wurde schon hingewiesen.

tive – ist unerlässlich. Seine Notwendigkeit für die optimale Verwendung der Produktionsfaktoren wird häufig nicht eingesehen. „Man neigt dazu, denjenigen Unternehmer, der sich mit angemessenem Gewinn zufrieden gibt, moralisch höher einzustufen. In Wirklichkeit erfüllt dieser Unternehmer seine gesellschaftliche Funktion nicht. Gewinn ist der Antrieb zu sparsamer Produktion, zum Durchsetzen neuer Organisationsformen, neuer Produkte, neuer Verfahren.“<sup>62)</sup>

Die mikroökonomische These besagt in ihrer weitreichendsten Formulierung<sup>63)</sup>, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit darauf beruht, daß der Preis für Arbeit (im Vergleich zu den Kapitalkosten) marktwidrig überhöht ist, und daß insbesondere die Beschäftigungschancen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen beeinträchtigt wurden. „Dies alles geschah aus guter sozialer Absicht, aber mit bedenklichen Folgen.“<sup>64)</sup>

- Trotz der 1973 eingeleiteten abrupten und drastischen Dämpfungspolitik der Bundesbank erhöhten sich in den Jahren danach die Lohnkosten außerordentlich stark (nachdem sich Arbeit schon vorher relativ verteuert hatte), obgleich die monetäre Gesamtnachfrage gesunken ist. Ein massiver, im Ausmaß mit früheren Abschwungsphasen nicht vergleichbarer Beschäftigungseinbruch wurde unvermeidlich, da die Gesamterlöse nicht mehr dazu ausreichten, das Arbeitsangebot zu herrschenden Preisen zu beschäftigen.
- Nicht nur gemessen an der Gesamtnachfrage, sondern auch gemessen an den Kosten des Kapitaleinsatzes, sind die Löhne seit geraumer Zeit marktwidrig überhöht. Der Einsatz menschlicher Arbeit ist daher für viele Betriebe im Vergleich zum Einsatz von Kapital zu teuer geworden.
- Man hat in zunehmendem Maße versucht, die schwächsten gesellschaftlichen Gruppen gegen das für sie besonders hohe Arbeitsplatzrisiko durch Eingriffe in den Marktmechanismus statt über staatliche Ausgaben zu schützen. So wurden ausgerechnet die Kosten der Beschäftigung solcher Arbeitnehmer marktwidrig erhöht, die es besonders schwer haben, einen Arbeitsplatz zu finden (Jugendliche, Frauen)<sup>65)</sup>.

---

<sup>62)</sup> Wolfram Engels, a. a. O., S. 26.

<sup>63)</sup> Vgl. zum folgenden Rüdiger Soltwedel, Konjunkturelle versus strukturelle Arbeitslosigkeit – ungelöstes Zurechnungsproblem, a. a. O.; Stützel, a. a. O.

<sup>64)</sup> Stützel, a. a. O.

<sup>65)</sup> So wurden die Beschäftigungskosten für unqualifizierte Arbeitskräfte seit Ende der sechziger Jahre überdurchschnittlich stark angehoben; Jugendliche ohne Schulabschluß wurden dadurch in ihren Chancen auf dem Arbeitsmarkt beeinträchtigt. Die Ausbildungskosten stiegen in den siebziger Jahren relativ stark an; das wirkte im Grunde als Erhöhung des Mindestlohnes für ausbildungswillige Jugendliche, und zwar in einer Zeit, in der die Ungewißheit über zukünftige Absatzmärkte die Investitionsbereit-

- Der im Verlauf der siebziger Jahre zunehmende Kündigungsschutz für ältere Arbeitskräfte machte es nahezu unvermeidlich, daß sich die beschäftigungspolitischen Anpassungszwänge auf die nicht geschützten Gruppen verlagerte und arbeitslose Ältere nahezu chancenlos machte, erneut einen Arbeitsplatz zu bekommen. Überdies gilt, daß die Ausweitung des Kündigungsschutzes gerade um die vorhandenen Arbeitsplätze besorgte Unternehmen dazu veranlaßt, gegebenenfalls eher zusätzliche Überstunden fahren zu lassen, als den Betrieb mit dem Risiko dauerhaft erhöhter Arbeitskosten zu belasten.
- Auch kann nicht ausgeschlossen werden, daß die gesetzliche Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit – konzipiert in der langen Periode chronischen Arbeitskräftemangels in der Bundesrepublik – zu einer gesamtwirtschaftlich bedenklichen Anpassungsverzögerung und erhöhter Dauer der Arbeitslosigkeit geführt hat.

Ich würde Stützel nicht soweit folgen, das gesamte Ausmaß der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit mit diesen fünf überwiegend mikroökonomischen Thesen erklären zu wollen; bedenklich erscheint mir seine Vernachlässigung der Folgen des verschärften internationalen Strukturwandels für die Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik während der Anpassungszeit an eine zukunftsorientierte Produktionsstruktur<sup>66)</sup>. Allerdings bleibt sicher eine beträchtliche empirische Relevanz für das Entstehen und Andauern von Arbeitslosigkeit<sup>67)</sup>. Das Blockieren und Fehlleiten von Marktkräften haben dazu

---

schaft in Sach- und Ausbildungskapital stark beeinträchtigt. Für Frauen, die ohnehin in erheblichem Umfang durch biologische Faktoren und die Einbindung in ein spezifisches gesellschaftliches Rollenverhalten in ihrer Erwerbstätigkeit beeinträchtigt sind, wurde erfolgreich versucht, über die Lohnpolitik „Vorteile“ durchzusetzen – in einem Zeitabschnitt, in dem die Stabilisierungskrise, die Beschleunigung des Strukturwandels die Beschäftigungsprobleme verschärft haben, und überdies das Arbeitsangebot von Frauen stark angestiegen ist.

<sup>66)</sup> Einen auch für Nicht-Ökonomen sehr geeigneten Überblick über Ursachen und Konsequenzen des Strukturwandels gibt Gerhard Fels, Hier irrten die Sachverständigen, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung – Blick durch die Wirtschaft“ vom 22. 12. 1975.

<sup>67)</sup> Die These, Beschäftigungs-, d. h. Arbeitsmarktpolitik sei im wesentlichen Lohnpolitik, wird häufig mit dem Hinweis bestritten, sie stütze sich auf die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie. Gegen Ende der fünfziger Jahre betonte Fürstenberg, der Aussagewert der Grenzproduktivitätstheorie „schrumpft zu der banalen Feststellung zusammen, daß die Arbeitgeber auf lange Sicht den Arbeitnehmern nicht mehr zahlen können, als deren Leistungen ihnen einbringen“ (F. Fürstenberg, Probleme der Lohnstruktur, Tübingen 1958, S. 81). Selbst diese „banale Feststellung“ allerdings scheint vielfach in Vergessenheit geraten zu sein.

beitragen, daß die Stabilisierungspolitik <sup>68)</sup> wie auch der Wandel der Produktionsstruktur mit einer erheblichen Verschärfung der Beschäftigungsprobleme einhergingen.

Wenn hier negative Rückkoppelungseffekte sozialpolitischer Maßnahmen auf die Funktionsfähigkeit insbesondere der Arbeitsmärkte skizziert wurden, so steht dies nicht für eine Kritik an den sozialpolitischen Zielen. Vielmehr sollen die ökonomischen Konsequenzen solcher Maßnahmen vor dem Hintergrund ihres angestrebten Ziels aufgezeigt werden. Wenn versucht wird, das Einkommensniveau einiger Gruppen über deren Produktionsniveau festzulegen und die Differenz den Unternehmen und nicht der Gesamtheit aufzulasten, folgt daraus über kurz oder lang erhöhte Arbeitslosigkeit. Die Gesamtheit der Arbeitnehmer wird entscheiden müssen, ob sie den Preis verschärfter sozialer Probleme für bestimmte Gruppen zugunsten der verbesserten Situation für andere zu zahlen bereit ist; sie wird entscheiden müssen, ob sie dem Einkommensziel gegenüber dem Beschäftigungsziel und damit der Situation jener, die „drinnen“ sind, d. h. einen Arbeitsplatz haben, gegenüber der Lage jener, die „draußen“ sind, größeres Gewicht beimessen.

Die Kritik an diesen Maßnahmen beruht darauf, daß es eine bessere Alternative dazu gibt, als Schwachen dadurch zu helfen, daß es für die Unternehmen unattraktiv wird, sie zu beschäftigen. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes eine ökonomische Binsenweisheit, daß in einer dezentralisierten Wirtschaft – und in einer zentralisierten dürfte es kaum anders sein – die Rentabilität von unternehmerischen Aktivitäten eine notwendige Bedingung für Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und Erhöhung des Lebensstandards ist. Dies wird – was die optimale Nutzung der Produktionsfaktoren betrifft <sup>69)</sup> – auch von aufgeklärten Sozialisten nicht bestritten: „Ohne die Marktwirtschaft kann heute kein schneller Fortschritt zu materiellem Überfluß erzielt werden. Noch immer gibt es keine bessere Methode, die materiellen Bedürfnisse der Menschen festzustellen und davon ausgehend wirkliche Gebrauchswerte zu produzieren. Der sonst edle Wunsch, die Vermittlung durch den Verkehrswert schon zu Beginn des Sozialismus abzuschaffen, förderte eine Produktion für das Lager und nicht für den Gebrauch... Der Markt deckt den Parasitismus auf und führt wirksame

---

<sup>68)</sup> Die Beschleunigung des inflatorischen Prozesses hat die Werterhaltungsfunktion des Geldes beeinträchtigt; damit hat sie zur Verzerrung der Produktionsstruktur beigetragen: Es kam zur „Flucht in die Sachwerte“, insbesondere in das „Betongeld“; beim Ausbleiben einer weiteren Inflationsbeschleunigung nach 1973 wurde deutlich, daß viele Baukapazitäten und ein großer Teil der auf Vorrat gebauten Eigentumswohnungen nur durch einen weiteren Anstieg der Inflationsraten rentabel geworden waren.

<sup>69)</sup> So wurde die Allokationstheorie gerade durch Beiträge einiger sozialistischer Theoretiker fortentwickelt. Zu nennen ist hier insbesondere Oskar Lange, *On the Economic Theory of Socialism*, Philadelphia 1978.

Selektion und Stimulation ein . . . Im System ohne Wettbewerb zerbricht die Solidarität an ihrem Gegenteil – dem Parasitismus.“<sup>70)</sup> Das Bestehen im Wettbewerb setzt für die Unternehmen voraus, daß sie versuchen, die Nase immer vorn zu haben. Wird dieses Bestreben durch zunehmende Reglementierungen und marktwidrige Verteuerungen des Produktionsfaktors Arbeit behindert, folgt darauf letztlich eine Verringerung der Chancen für alle, den Lebensstandard zu steigern.

### *V. Zusammenfassung*

Ziel klassischer wie neoklassischer Politik ist das Bewirken und Sichern größtmöglicher individueller Freiheit; materielle Sicherheit sehen die (neo-)klassischen Ökonomen als unabdingbare Voraussetzung dafür an. Freie Märkte für Güter und Ideen, weitgehend frei von staatlicher Einflußnahme, halten sie für das geeignetste Mittel, um dieses Ziel bestmöglich zu erreichen. Das Rückkopplungssystem der Märkte würde am wirksamsten von allen Alternativen eine Abstimmung der ökonomischen Aktivitäten von Millionen von Menschen gewährleisten und ihnen großen Freiheitsraum ermöglichen und belassen. Der Staat hat in diesem System die Aufgabe, für alle die Spielregeln verbindlich festzulegen und Schiedsrichter bei Auslegungsstreitigkeiten zu sein.

Eine staatliche Stabilisierungspolitik der fallweisen Eingriffe führt nicht zu einer Verstetigung des Wirtschaftsablaufs, sondern beschleunigt und vergrößert Zielverfehlungen sogar. Dies in erster Linie deswegen, weil Art und Ausmaß der jeweiligen Störung nicht rechtzeitig und richtig erkannt werden, das Wissen um die Wirkungsweise solcher staatlicher Maßnahmen unvollkommen ist, und daher – abgesehen von Schwierigkeiten im politischen Entscheidungsprozeß – das Terminieren und Dosieren von ausgleichenden oder gar vorgreifenden Maßnahmen nicht gelingt. Der Verstetigung des Wirtschaftsprozesses dient der Staat nach Ansicht der Neoklassiker am ehesten, wenn er auf fallweise Eingriffe verzichtet, seine Politik stetig, vorhersehbar und glaubhaft betreibt.

Insbesondere soll seine Politik darauf gerichtet sein – abgesehen von einer begrenzten Zahl von Fällen zum Ausgleich externer Effekte –, nicht direkt in das marktwirtschaftliche Steuerungssystem der relativen Preise einzugreifen. Denn das Verfälschen der Knappheitsrelationen führt in der Regel zu negativen Rückkoppelungseffekten. Der Versuch, bestimmte Personengruppen mit einer relativ schlechten Wettbewerbsposition durch Eingriffe in den Lenkungsmechanismus des Marktes – d. h. die Funktion der Preise als Knappheitsindikatoren – zu schützen, führt häufig dazu, daß Beschäftigungsprobleme nicht beseitigt, sondern eher verschärft, zumindest aber auf andere, weniger oder nicht geschützte

---

<sup>70)</sup> Svetozar Stójanović, Kritik und Zukunft des Sozialismus, München 1970, S. 134 f.

Gruppen verlagert werden. Sozialer Ausgleich sollte durch Verbesserung der Chancengleichheit in der Ausbildung, Öffnung der Märkte und einen interpersonellen Finanzausgleich realisiert werden; letzterer könnte z. B. durch direkte Transferzahlungen bewirkt werden. Dadurch ließen sich die negativen Wirkungen auf die Verwendung der Produktionsfaktoren gering halten.

Warnen muß man allerdings vor dem Glauben, das Befolgen marktwirtschaftlicher Rezepte führe schnell und problemlos aus Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit. Der Zeitbedarf für die Korrektur von Erwartungen, die Anpassung der Produktionsstruktur wird erheblich sein. Zu stark waren die Fehlentwicklungen in den vergangenen Jahren, zu groß ist gegenwärtig die Unsicherheit bei Investoren und Konsumenten, nicht zuletzt durch das Hin und Her in der Geldpolitik und die mittelfristige Perspektivlosigkeit der Finanzpolitik. Letzteres berücksichtigt nur unzureichend, daß jetzt das Freisetzen von Wachstumsimpulsen und Verstärkung der Eigeninitiative geboten ist. Staatliche Beschäftigungspolitik sollte in erster Linie darauf gerichtet sein, dauerhafte Anreize zur Ausweitung der Produktionskapazitäten zu geben. Das Aufspüren und Erschließen neuer Nachfragebereiche sollte prinzipiell privatwirtschaftlicher Initiative überlassen bleiben, um einen wirksamen Suchprozeß zu garantieren.